

Herbstkonferenz

10. November 2023 in Berlin



Beschluss

TOP I.1

Wehrhafter Rechtsstaat - Wie lassen sich die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre Institutionen gegen Verfassungsfeinde verteidigen?

Berichterstattung: Hamburg, Sachsen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Berlin

1. Die Justizministerinnen und Justizminister der Länder nehmen vor dem Hintergrund rechtsstaatlich bedenklicher Entwicklungen in europäischen Partnerländern besorgt zur Kenntnis, dass auch die Verfahren und Institutionen des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats auf unterschiedlichen Ebenen zunehmendem Druck ausgesetzt werden können.
2. Sie sind sich einig, dass die geschilderte Lage Anlass gibt, vorbeugende Maßnahmen im Bundes- und Landesrecht zu prüfen, um eine mögliche Schwächung des Rechtsstaates zu verhindern. Sie werden zur Prüfung dieser Maßnahmen unter Beteiligung des Bundesministeriums der Justiz eine Arbeitsgruppe einrichten.
3. Sie bitten den Bundesminister der Justiz, sich für die Realisierung weiterer Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Einflussnahme und Manipulation einzusetzen. Ansatzpunkte sind insbesondere die Bekämpfung von Desinformation und Hassrede sowie Informationskampagnen, die zum Beispiel an die auf Grundlage des „Pakts für den Rechtsstaat“ durchgeführte Kampagne „Wir sind Rechtsstaat“ anknüpfen können. Die Justizministerinnen und Justizminister betonen in diesem Zusammenhang erneut, dass die im Koalitionsvertrag Bund vereinbarte Verstärkung des „Paktes für den Rechtsstaat“, verbunden mit einem Digitalpakt, weiterhin dringend geboten ist, um die Justiz krisenfest aufzustellen.

4. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Vorsitzende der Justizministerkonferenz, den Beschluss der Innenministerkonferenz zu übermitteln.